

# SITZUNG

Sitzungstag:

12.04.2021

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages
-------------------------------------

Vorsitzender

Otto Rubly

Niederschriftführer

Christian Flohr

SPD

Matthias Bachmann

Pia Bockhorn

Thomas Danneck

Charlotte Jentsch

Dr. Oliver Kusch

Ute Lauer

Andreas Müller

Gerd Rudolph

Andrea Schneider

Dr. Jürgen Schneider

Dieter Schnitzer

CDU

Sven Eckert

Xaver Jung

Pius Klein

Christoph Lothschütz

Isabel Steinhauer-Theis

Tobias Weber

Thomas Wolf

FWG

Herwart Dilly

Margot Schillo

Bündnis 90/ Die Grünen

Christine Fauß

Dr. Wolfgang Frey

Andreas Lange

FDP

Peter Jakob

Die Linke

Stefan Hoffmann

AfD

Karl Kreutzer

Jürgen Neu

Marco Staudt

Klaus Umlauff

Alwin Zimmer

Kreisbeigeordnete

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad

Kreisbeigeordneter Helge Schwab

Kreisbeigeordneter Dr. Stefan Spitzer

Verwaltung

Christoph Dinges

Susanne Lenhard

Ulrike Nagel

Peter Simon

Miriam Sommer

**Abwesend:**

CDU

Dr. Leo Reiser

entschuldigt

Dr. Reinhard Reiser

entschuldigt

FWG

Matthias Doll

entschuldigt

Olaf Radolak

entschuldigt

Bündnis 90/ Die Grünen

Andreas Hartenfels

entschuldigt

FDP

Nadine Mayer

entschuldigt

# Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Kreistages am Montag, dem 12.04.2021, um 15:00 Uhr, in der Fritz-Wunderlich-Halle, Am Roßberg, 66869 Kusel**

1. Einwohnerfragestunde
2. DigitalPakt Schule – Schul-IT-Betreuung  
hier: Abschluss einer Zweckvereinbarung
3. Abfallwirtschaft  
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2021
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2021
- 4.1. Einwohnervorschläge gemäß § 97 Abs. 1 GemO i.V.m. § 57 LKO zum Haushaltsplan 2021
- 4.2. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2021
5. Bewerbung des Landkreises Kusel für die Modellprojekte Smart Cities
6. Unterrichtung über Vergütungen aus Nebentätigkeiten und Ehrenämtern gemäß § 119 LBG
7. Anträge von Fraktionen des Kreistages
8. Anfragen von Fraktionen des Kreistages
9. Informationen

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er berichtete, dass Einwohnervorschläge zum Haushaltsplan sowie Anträge und eine Anfrage von Fraktionen des Kreistages eingegangen seien, nachdem die Tagesordnung durch den Kreisvorstand festgesetzt und die Kreistagsmitglieder eingeladen wurden. Er beantragte die Tagesordnung um diese Punkte zu erweitern. Dringlichkeit sei gegeben, da ohne die Beschlussfassung über die Einwohnervorschläge nicht über die Haushaltssatzung entschieden werden könne. Weiterhin sei in den Anträgen eine Beflagung im Kalendermonat Mai gewünscht. Da vorher keine weitere Sitzung geplant sei, liege auch hier die Dringlichkeit vor.

Ein Entwurf der aktuellen Tagesordnung lag den Mitgliedern des Kreistages vor.

Der Kreistag stimmte der Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte

- *Einwohnervorschläge gemäß § 97 Abs. 1 GemO i.V.m. § 57 LKO zum Haushaltsplan 2021*

- *Anträge von Fraktionen des Kreistages*
- *Anfragen von Fraktionen des Kreistages*

einstimmig zu (Abstimmungsergebnis: 33 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltung).

Da keine weiteren Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Einwohnerfragestunde***

Der Vorsitzende berichtete, dass folgende Einwohnerfrage bei der Verwaltung eingegangen sei:

#### ***Sitzung des Kreistages am 12.04.21, Anfrage im Rahmen der Einwohnerfragestunde TOP 1***

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*wir haben die Frage warum der Kreisrechtsausschuss teilweise Sitzungen überhaupt nicht bekannt gibt - Sitzungen nicht stattfinden bzw. nicht rechtzeitig bekannt gibt, damit Bürger am öffentlichen Teil daran teilnehmen können.*

*Dies ist wiederholt geschehen bzw. wurde erst in den Nachmittagsstunden des Vortages auf der Internetseite des Kreises Kusel veröffentlicht.*

*Besonders auffallend war dies in der Biotonnen Sache und z.B. in jüngster Zeit - wiederkehrende Beiträge von Straßenausbeibeiträgen in Blaubach, siehe Artikel Lokalpresse am 24.03.21.*

*Mit freundlichen Grüßen*

Die Einwohnerfrage sowie die Beantwortung durch die Verwaltung lagen den Mitgliedern des Kreistages vor. Der Kreistag nahm die Frage und die Beantwortung zur Kenntnis.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>33</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

**DigitalPakt Schule – Schul-IT-Betreuung**  
**hier: Abschluss einer Zweckvereinbarung**

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung an den Schulen streicht das Land seit dem Schuljahr 2020/21 sukzessive die für die IT-Betreuung an den Schulen gewährten Anrechnungsstunden der Lehrkräfte. Ziel ist es, dass die Erledigung von Wartungsaufgaben, wie z.B. die Installation von Software und die Behebung von Störungen in aller Regel nicht mehr von Lehrkräften, sondern von technischem Fachpersonal durchgeführt wird. Ab dem Schuljahr 2021/2022 muss die unterrichtsbezogene Anwendungsbetreuung durch die Schulträger alleine sichergestellt werden. Als Zuschuss für diese zusätzlichen Supportaufgaben zahlt das Land den Schulträgern künftig einen Betrag von 11 Euro pro Schüler\*in und Schuljahr. Bei derzeit 3.690 Schüler\*innen entspricht dies einem Zuschuss in Höhe von 40.590 € jährlich

Die drei Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel wollen im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit durch Einführung einheitlicher Schulnetzsysteme gleiche Standards für einen gemeinsamen Schul-IT-Support erreichen und im Bereich Schul-IT zusammen arbeiten um dadurch Ressourcen zu bündeln und Kostensynergien zu nutzen. Hierzu haben die Verwaltungen eine Zweckvereinbarung ausgearbeitet.

Die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) stärkt die Leistungsfähigkeit der Kommunen, verbessert ihre Wettbewerbsfähigkeit und führt zu Kosteneinsparungen. Bei einer IKZ arbeiten Städte und Kreise gemeinsam an Zukunftsthemen, ohne dabei die kommunale Selbstverwaltung aufgeben zu müssen.

Nach vorläufiger Prüfung durch die ADD bestehen aus kommunalaufsichtsbehördlicher Sicht keine Bedenken gegen den Abschluss der geplanten Zweckvereinbarung.

Vor dem Hintergrund der erwarteten „Zusatz-Verwaltungsvereinbarung ‚Administration‘ zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ (sog. DigitalPakt III) wurde in § 1 Abs. 4 der Zweckvereinbarung eine Absichtserklärung zum Ausbau der Personalbedarfe im Schul-IT Bereich aufgenommen. Die Zusatz-Verwaltungsvereinbarung bedarf zu ihrer Umsetzung einer noch zu erlassenden Förderrichtlinie für Rheinland-Pfalz. Diese liegt noch nicht vor. Es ist daher derzeit noch nicht absehbar, welche finanzielle Mittel der Landkreis aus dieser Zusatzvereinbarung erhält und für zusätzliches Personal im Schul-IT-Bereich verwenden kann.

**Beschluss:**

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses beschließt der Kreistag dem Abschluss der vorliegenden Zweckvereinbarung zur Schul-IT Betreuung zwischen den Landkreisen Kusel, Kaiserslautern und Donnersbergkreis zuzustimmen.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		<b>33</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### **Abfallwirtschaft**

#### **hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2021**

Der Wirtschaftsplan 2021 der Abfallwirtschaftseinrichtung lag den Mitgliedern des Kreistages vor.

Der Vorsitzende ging kurz auf die Eckpunkte zum Wirtschaftsplan ein und leitete anschließend zur Abstimmung über, da seitens der Kreistagsmitglieder keine Fragen vorgetragen wurden.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2021 für die Abfallwirtschaftseinrichtung des Landkreises Kusel in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 4.1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>31</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>2</b>

### **Einwohnervorschläge gemäß § 97 Abs. 1 GemO i.V.m. § 57 LKO zum Haushaltsplan 2021**

Die Vorschläge zum Haushaltsplan 2021 von Herrn und Frau Sonn lagen den Mitgliedern des Kreistags vor.

Der Vorsitzende führte dazu aus, dass die Verwaltung das Engagement von Frau Andrea und Herr Herrmann Sonn zum Haushaltsplan des Landkreises Kusel begrüße.

Die umfangreichen Anregungen habe man wegen der Kürze der Zeit nicht entsprechend aufarbeiten können. Zum Teil seien die Vorschläge jedoch völlig konträr zur bisher geübten Praxis und der herrschenden Meinung im Kreistag.

Deshalb beantragte der Vorsitzende die Anregungen nicht in den Kreishaushalt 2021 zu übernehmen.

Allerdings seien die Anregungen allen Kreistagsmitgliedern zugegangen und auch den Mitgliedern des Kreisentwicklungsausschusses werde man diese zuleiten. Somit könne im Laufe des Jahres 2021 über die Vorschläge beraten und -sofern mehrheitlich gewollt- dann in den Haushaltsplan 2022 eingearbeitet werden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Christoph Lothschütz, bedankte sich für das Engagement. Die Mitglieder des Kreistages haben die Vorschläge erhalten und damit Kenntnis von den Anregungen genommen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die eingereichten Vorschläge nicht in den Haushaltsplan 2021 zu übernehmen, sondern im Laufe des Jahres zu beraten.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 4.2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>28</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>5</b>

### ***Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2021***

Der Vorsitzende begann seine Haushaltsrede mit einigen Informationen zur aktuellen Corona-Lage im Landkreis Kusel. Er beschrieb die Auswirkungen der Pandemie auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises und dankte allen Helferinnen und Helfern, die im Rahmen der Pandemiebekämpfung im Einsatz sind.

Anschließend ging er kurz auf das prognostizierte Rechnungsergebnis 2020 und sodann auf den aktuellen Haushaltsplan ein. Im Ergebnishaushalt rechnet man mit einem Defizit von knapp sieben Millionen Euro. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei nicht vorgesehen.

Dann ging er auf die laufenden und die geplanten Baumaßnahmen, insbesondere an den Schulen ein. Jugend und Soziales sei mit einem Volumen von 85 Millionen Euro der größte Teilhaushalt des Entwurfes. Alleine um das Defizit im Bereich Jugend und Soziales zu decken benötige man nahezu die gesamten Erträge aus der Kreisumlage.

Für den Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz habe man einen Ansatz von 2,2 Millionen Euro vorgesehen. Damit sollen Fahrzeuge beschafft, neue Rettungswachen errichtet und wenn möglich auch eine neue SEG Unterkunft geschaffen werden.

An den Verwaltungsgebäuden seien energetische Sanierungen und die Installation von Photovoltaik-Anlagen geplant.

Im Anschluss daran ging er näher auf die geplanten Investitionen ein. Die Umschuldung beim Vitalbad sei der größte Brocken, aber auch Kreisstraßen, schnelles Internet und andere wichtige Projekte seien bedacht worden.

Zum Abschluss seiner Rede ging der Vorsitzende noch kurz auf die Bewerbung des Landkreises für das Projekt Smart City sowie die kommende Leader Förderperiode ein und bat den Kreistag um Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung sowie dem Haushaltsplan.

Auch die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Frau Pia Bockhorn, nahm zunächst Bezug zur Corona-Pandemie. Diese zeige die Notwendigkeit einer guten und flächendeckenden Internetversorgung, die unter anderem zum „Homeschooling“ benötigt werde. Kein Kind dürfe schulische Nachteile wegen einer schlechten Internetanbindung haben. Auch solle es den Kindern möglich sein Schwimmen zu lernen. Investitionen im Zusammenhang mit dem Vitalbad sehe sie insofern nicht als „freiwillige Leistung“ oder gar Luxus. Die Umschuldung bei der Vitalbad GmbH sei sinnvoll.

Perspektivisch gesehen sei nun die Zeit mit gezielten Investitionen die Weichen für die Zukunft zu stellen und beispielsweise Kultur sowie Vereine in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen.

Erfreulich sei, dass die Kreisumlage nicht erhöht werden müsse und im Bereich Jugend und Soziales die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Eine Umlageerhöhung würde ohnehin nicht ansatzweise ausreichen um den Haushalt auszugleichen und im Jugend-/Sozialbereich müsse weiter gegen Perspektivlosigkeit angekämpft werden. Der Landkreis Kusel solle für Toleranz und Vielfalt stehen und keinen Nährboden für Rassismus und Verschwörungstheorien bieten.

Abschließend bedankte sie sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung und den Helferinnen und Helfern die bezüglich Corona im Einsatz sind und teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt 2021 zustimmen werde.

Für die CDU-Fraktion trug Herr Xaver Jung die Haushaltsrede vor. Er dankte zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie allen Helferinnen und Helfern rund um die Corona-Pandemie.

Im aktuellen Haushaltsplan sehe er aufgrund der Unterfinanzierung der Kommunen bei gleichzeitig hoher Aufgabenlast nur wenige Spielräume. Um gleichwertige Lebensverhältnisse im Vergleich zu Kommunen anderer Bundesländer herzustellen sei eine stärkere Beteiligung von Bund und Land an den Pflichtaufgaben unerlässlich. Er habe bereits in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mit der Kanzlerin über das Thema gesprochen. Sie könne sich Bundeshilfen vorstellen, wenn sichergestellt sei, dass die Kommunen anschließend nicht erneut defizitär arbeiten. Seitdem sei nicht mehr viel geschehen. Lediglich die gute Wirtschaftslage habe den Schuldenanstieg etwas abgebrems.

Positiv sei, dass sich die „langjährige Aufklärungsarbeit im Skandal um den Ex-Landrat“ dem Ende zuneige und die Projekte auf neue, kreative und legale Weise weitergeführt werden können.

Darüber hinaus begrüßte er die Baumaßnahmen an den Schulen sowie die aktuelle Vorgehensweise in Sachen Klimaschutz und Katastrophenschutz sowie die Bewerbung des Landkreises für das Bundesprojekt Smart City.

Die Kreisumlage müsse in 2021 zwar nicht erhöht werden, zu bedenken sei jedoch, dass die Aufsichtsbehörde lediglich aufgrund der Corona-Pandemie von einer Beanstandung absehen werde.

Herr Jung bedankte sich für die Aufmerksamkeit und signalisierte Zustimmung der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende der FWG-Kreistagsfraktion, Herr Herwart Dilly, berichtete, dass man auch im Haushaltsjahr 2021 weit vom Haushaltsausgleich entfernt sei. Das geplante Defizit liege mit 6,9 Millionen Euro jedoch deutlich unter dem Ansatz des Vorjahres. Die für die FWG wichtigen Punkte: Bildung einer Haushaltskommission mit Controller und Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes seien im Plan berücksichtigt.

An den zum größten Teil vorgegebenen Aufwendungen sei nur schwer etwas zu machen. Die geplanten freiwilligen Leistungen seien notwendig. Ebenso die Unterhaltung der kreiseigenen Gebäude.

Die FWG-Fraktion werde der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2021 zustimmen.

Herr Dr. Wolfgang Frey, Bündnis 90/Die Grünen, erkenne im vorliegenden Haushaltsplan einen Einsparwillen und eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises durch notwendige Investitionen. Er hoffe auf Erfolge bei der Arbeit des Controllers und der Haushaltskommission, die nach einem Jahr Anlaufzeit immer noch vor der Einrichtung stehe, um die prognostizierte Neuverschuldung in den Folgejahren abmildern zu können. Unabhängig davon müsse an der Neuausrichtung der Kommunalfinanzierung und auch der kommunalen Gebietsreform gearbeitet werden.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewerbung zur Modellregion Smart Cities seien sinnvoll. Er dankte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie den ehrenamtlichen Pandemiehelferinnen und Helfern. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushaltsplan 2021 zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Herr Klaus Umlauff, schloss sich den Dankesworten seiner Vorredner an. Zum Haushaltsplan sagte er, dass die Kommunen ohne Unterstützung von Bund und Land ihre Schulden nicht tilgen können werden. Insbesondere den Sozialetat halte er mit 85 Millionen Euro für sehr „aufgebläht“. Er habe die Hoffnung, dass die Pandemie bald vorüber sei, da diese derzeit eine gute Entschuldigung bei den verschiedensten Themen biete. Die AfD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Peter Jakob, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, dankte ebenfalls für die Aufstellung des Haushaltsplanes und den Pandemiehelferinnen und Helfern. Der Haushaltsplan habe Ähnlichkeit mit denen der letzten Jahre. Ohne höhere Kostenerstattungen bei den Pflichtaufgaben bestehe keine Chance zur Konsolidierung. Er lobte insbesondere die mancherorts zu verzeichnenden Zuzüge junger Bürgerinnen und Bürger sowie die

Gewerbeansiedlungen. Positiv sei auch die Entwicklung im Bereich der Wirtschaftsförderung. Er werde dem Haushaltsplan zustimmen.

Nachdem alle Fraktionen zum Haushaltsplan gesprochen hatte, entwickelte sich eine kurze Diskussion bezüglich den Finanzausstattung des Landkreises.

Im Anschluss daran leitete der Vorsitzende zur Beschlussfassung über.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2021 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 5</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>32</b>	Dagegen <b>1</b>	Enthaltung <b>0</b>

### ***Bewerbung des Landkreises Kusel für die Modellprojekte Smart Cities***

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat am 19.12.2020 zur Einreichung von Bewerbungen für die dritte Staffel der Modellprojekte Smart Cities aufgerufen. Bis zum 14.03.2021 konnten sich Kommunen bewerben. Auch der Landkreis Kusel möchte die Möglichkeit nutzen, die digitale Modernisierung der Kommunen im Landkreis durch die Smart-City-Modellprojekte zu beschleunigen und hat eine Bewerbung eingereicht, die von Mitarbeiter:innen der Verwaltung, dem Mobilitätsbeauftragten und Herrn Schenk (Landesjugendpfarramt Evang. Kirche) in mehrwöchiger Arbeit und in Abstimmung mit beratenden externen Netzwerkpartnern:innen und Fachleuten aus Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet wurde. Sollte unsere Bewerbung erfolgreich sein unterscheidet das Modellprojekt Smart Cities zwei Phasen:

- A. Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Digitalisierung und (12 Monate)
- B. Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen (4 Jahre).

#### **Strategische und inhaltliche Ausrichtung:**

**Ziel des Landkreises ist es** durch die Modellprojekte Smart Cities die Attraktivität der Dörfer zu steigern. Hierbei soll der Schwerpunkt auf Mobilität, Arbeit, Teilhabe und digitale Angebote der Daseinsvorsorge gelegt werden. Diese Schwerpunkte werden durch beispielhafte kurzfristige und langfristige Maßnahmen konkretisiert. In der Strategiephase (kurzfristige Maßnahme) soll eine digitale Plattform entwickelt werden, die es Bürger:innen ermöglicht, sich an der Entwicklung der Digitalisierungsstrategie zu beteiligen und eigene Ideen und Vorstellungen einzubringen. Als langfristige Maßnahme soll in der Umsetzungsphase für jede der drei Verbandsgemeinden ein/eine Digitallots\*in etabliert werden, um Menschen mit eingeschränkten Kenntnissen im Umgang mit digitalen Angeboten individuell zu unterstützen.

Die **Förderung** beträgt bei der Finanzschwäche des Landkreises **90 %** bei einer Maximalförderung von 17,5 Millionen (2,5 Mio. für die Strategiephase und 15 Mio. für die Umsetzungsphase). Die Gesamtkosten wurden laut Bewerbungsunterlagen auf **16.190.545,48 €** für den Zeitraum von 2021 bis 2026 geschätzt. Bei einer Förderung in Höhe von 90 % verbleibt ein **Eigenanteil des Landkreises in Höhe von 1.619.054,55 €**. Zusätzlich zu dem zu erbringenden Eigenanteil entstehen im Zeitraum von 2021 bis 2026 Personalkosten für den Projektmanager in Höhe von **581.350 €**, die komplett vom Landkreis zu tragen sind.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung ist, dass der Kreistag bis spätestens 14. April 2021 beschließt den 10 %-tigen Eigenanteil in den Jahren 2021 bis 2026 bereitzustellen. Dieser Beschluss kann, auch wenn die Bewerbung bereits eingereicht ist, noch bis zu vorgenanntem Datum nachgereicht werden.

Im Anhang befinden sich die eingereichten Bewerbungsunterlagen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass sich der gesamte Landkreis Kusel im Rahmen der dritten Staffel der Modellprojekte Smart Cities beworben hat.

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses beschließt der Kreistag:

1. den erforderlichen Eigenanteil in Höhe von 1.619.054,55 € sowie die Personalkosten für den Projektmanager in Höhe von 581.350 € im Zeitraum von 2021-2026 bereitzustellen
2. die Smart City Strategie, die sich auf den gesamten Landkreis Kusel beziehen soll, und deren Umsetzung mit der örtlichen Öffentlichkeit in einem partizipativen Verfahren zu diskutieren und zu gestalten
3. bei der Entwicklung und vertiefenden Ausarbeitung der Smart City Strategie einen strategischen Ansatz im Sinne der Smart City Charta der Nationalen Dialogplattform Smart City zu verfolgen
4. die „Smart City“ nicht bloß als sektorales Projekt zu verstehen, sondern die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend zu betrachten
5. und seine Bereitschaft zum modellhaften Lernen innerhalb der Netzwerke auf den verschiedenen Ebenen zu erklären.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 6</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Unterrichtung über Vergütungen aus Nebentätigkeiten und Ehrenämtern gemäß § 119 LBG**

Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit unterrichten bis zum 1. April eines jeden Kalenderjahres in einer öffentlichen Sitzung der Vertretungskörperschaft über Art und Umfang ihrer innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen im vergangenen Kalenderjahr.

Dies gilt bei außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämtern nur dann, wenn ein Bezug zum Hauptamt besteht.

Im Jahr 2020 übte Landrat Otto Rubly folgende Nebentätigkeiten/Ehrenämter aus und erhielt dafür folgende Vergütungen:

- |   |   |            |
|---|---|------------|
| 1. Vorsitzender des Verwaltungsrates, des Kreditausschusses und des Betriebsausschusses der Kreissparkasse Kusel          | } | 6.880 €    |
| 2. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz                                     |   |            |
| 3. Mitglied der Hauptversammlung und der allgemeinen Landrätekonzferenz des Landkreistages Rheinland-Pfalz                |   |            |
| 4. Vorstandsvorsteher des Fremdenverkehrszweckverbandes Landkreis Kusel   |   | 1.533,84 € |
| 5. Vorstandsmitglied des Verkehrsvereins Kuseler Musikantenland e.V.  |   |            |
| 6. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd                     |   |            |
| 7. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Pfalzmuseum für Naturkunde, Pollichia – Museum                     |   |            |
| 8. Mitglied des Regionalvorstands der Planungsgemeinschaft Westpfalz  |   |            |
| 9. Mitglied der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (ZRN)  |   |            |
| 10. Vorsitzender des Vereins „Kulinarisches Haus LK Kusel w.V.“   |   |            |
| 11. Vorstandsmitglied des Vereins „Zukunftsregion Westpfalz (ZRW) e.V.“   |   |            |
| 12. Stiller Gesellschafter der „Rubly GBR“  |   |            |
| 13. Mitglied der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates der Westpfalz-Klinikum GmbH (alle 2 Jahre Vorsitzender) |   | 309 € (A)  |

14. Mitglied der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates  
der Vitalbad Pfälzer Bergland GmbH (alle 2 Jahre Vorsitzender) 90 € (A)
15. Vorsitzender der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates  
der „Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH“
16. Vorsitzender des Stiftungsrates der Sparkassenstiftung Kuseler  
Musikantenland
17. Vorsitzender der Gesellschafterversammlung und des  
Aufsichtsrates der IKOKU GmbH
18. Präsident DRK Kreisverband Kusel e.V.

(A) =Betrag wurde an den Landkreis abgeführt

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 7</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>28</b>	Dagegen <b>1</b>	Enthaltung <b>4</b>

### **Anträge von Fraktionen des Kreistages**

Den Mitgliedern des Kreistages lagen zwei Anträge zum Thema Beflaggung mit der Regenbogenflagge vor.

Der Vorsitzende führte zunächst in den Sachverhalt ein. Die Anträge seien fast identisch und er schlage vor diese gemeinsam zu beraten. Er sehe den AfD-Antrag gegenüber dem Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen als den weitergehenden, über den –im Falle einer Abstimmung- zunächst abzustimmen wäre.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Christoph Lothschütz, machte einige Ausführungen zur kommunalen Selbstverwaltung und den Regelungen der Landesverordnung über die Beflaggung der Dienstgebäude. Die Entscheidung, ob mit der Regenbogenflagge beflaggt werde, sei nicht kommunal, sondern landes- oder bundeseinheitlich zu regeln. Andernfalls entstehe schnell ein Durcheinander bezüglich der Termine und der gehissten Flaggen. Letztlich werde dadurch die eigentliche Wirkung aller Beflaggungen geschmälert. Er werde daher beide Anträge ablehnen.

Herr Andreas Lange (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Antrag für seine Fraktion. Er habe mit Erstaunen den Antrag der AfD vernommen, ihm fehle jedoch der Glaube daran. Falls er das falsch sehe, würde er sich sehr freuen, wenn die AfD das „Kuseler Modell mit Toleranz und Vielfalt übernehmen würde“.

Anschließend erläuterte er wofür die Regenbogenflagge letztlich stehe und deren internationalen Symbolcharakter. Er ging auch auf den Hintergrund ein, warum die Flagge jährlich am 17. Mai gehisst werden solle. Den Antrag der AfD halte er für ein „Ablenkungsmanöver“. Er bat die Mitglieder des Kreistages um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, die an ihrem Antrag festhalten werde.

Frau Pia Bockhorn (SPD) fragte, wie die Verwaltung das sehe.

Der Vorsitzende antwortete, dass der Verbandsgemeinderat Kusel-Altenglan einen ähnlichen Beschluss gefasst und bezüglich deren Ausführbarkeit bei der ADD und dem ISM nachgefragt habe. Ergebnis sei gewesen, dass eine Anordnung der Beflaggung mit der Regenbogenflagge nicht geplant sei.

Der Vorsitzende machte daher den Vorschlag, dass man gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten einen weiteren Vorstoß in Richtung Landesregierung unternehme, um zu erfahren, was letztlich zulässig sei und was nicht. Es mache ja keinen Sinn etwas zu beschließen, was er später nicht ausführen dürfe.

Frau Margot Schillo (FWG) sagte, dass die Beflaggung in der Vergangenheit ganz bewusst gering gehalten worden sei, um die besondere Bedeutung hervorzuheben. Man könne nicht eine bestimmte Gruppe öffentlich wertschätzen ohne dabei andere Gruppen durch fehlende öffentliche Wertschätzung zu kränken. Im Namen der FWG-Fraktion beantragte sie daher anstatt der beiden Anträge eine gemeinsame Resolution für Gleichberechtigung, Toleranz und Wertschätzung zu verabschieden sowie gemeinsam mit dem Projekt „Demokratie Leben“ einen Aktionstag zu veranlassen.

Herr Alwin Zimmer (AfD) berichtete anschließend über die Gründe für den Antrag seiner Fraktion. Er teile jedoch die Einschätzung von Herrn Lothschütz und ziehe den Antrag daher zurück.

Herr Marco Staudt (AfD) berichtete über die Bedeutung der Bundesflagge, die er vorschläge statt der Regenbogenflagge zu hissen.

Es folgten weitere Redebeiträge und persönliche Stellungnahmen.

Der Vorsitzende fasste anschließend die Beiträge zusammen und schlug vor über die Resolution abzustimmen. Dies sei der am weitesten gehende Beschlussvorschlag. Der Kreisausschuss werde dann im Frühjahr die entsprechende Vorberatung vornehmen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung einer Resolution zu diesem Thema, die dann im Kreisausschuss vorberaten und sodann durch den Kreistag verabschiedet werden solle.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b> davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 8</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Anfragen von Fraktionen des Kreistages***

Die Anfrage der SPD-Fraktion sowie die Antworten der Verwaltung lagen den Mitgliedern des Kreistages vor.

Der Vorsitzende beantwortete die Anfrage zudem –wie beantragt- auch mündlich.

<b>Kreistag -Sitzung am 12.04.2021</b> <i>öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b> davon anwesend: <b>33</b>		
<b>TOP: 9</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür -	Dagegen -	Enthaltung -

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages noch über die erhaltenen Fördermittel aus dem Digitalpakt Schulen und die Vergabe der entsprechenden Aufträge.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Informationen des Vorsitzenden zur Kenntnis. Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragene Informationen wurden nicht erhoben.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 15:00 Uhr und endete gegen 17:00 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Otto Rubly)  
Landrat

Der Schriftführer:  
gez.  
(Christian Flohr)  
Kreisverwaltungsrat